

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

## Bush der Verführer

### Der amerikanische Präsident hat eine mächtige Wende vollzogen - hin zu Old Europe / \*Josef Joffe\*

Charme-Offensive«, »vor allem von symbolischer Bedeutung«, »wird nicht viel herauskommen«: So intonierte das europäische Kommentariat den Besuch des George W. Bush. Das Misstrauen ist lebendig noch und verstellt deshalb den kühlen Blick auf eine neue Wirklichkeit. Zu der gehört just die Symbolik, die kleinzuschreiben den Medien angeboren ist. Die Handelnden aber wissen: Symbolik ist die halbe Miete in der Politik, oft die eigentliche Message. Auch möge man nie die Eitelkeit von Regierungen unterschätzen. Bush hat sie trefflich bedient. Dass er seinen Gegnern im Irak-Krieg - Chirac, Schröder und Putin - so viel werbende Aufmerksamkeit schenkte, dazu noch der Europäischen Union, signalisiert zweierlei.

Einmal scheint der wiedergeborene Präsident Abschied genommen zu haben von der »Old Europe/New Europe«-Strategie, also von der Diplomatie des Teilens und Herrschens. Er zelebriert ein »starkes Europa«, dazu die unverbrüchliche Freundschaft über den Atlantik hinweg: »Keine Macht auf Erden wird uns je trennen.« Solche Worte hat man in den letzten vier Jahren nicht gehört; stattdessen zirkulierte über dem Ozean die »Koalition der Willigen« als Parole. Auch haben Ronald Reagan, Bush senior und Bill Clinton nie, wie jetzt George II. dem EU-Rat die Reverenz erwiesen.

Zum Zweiten widerspiegelt der Auftritt des Präsidenten die

Ernüchterung, die bis in die Hinterzimmer des Weißen Hauses und des State Department vorgedrungen ist. Visionäre Rhetorik ist das Markenzeichen aller US-Präsidenten; bloß haben nur wenige - Kennedy und Johnson in Vietnam - im Namen der Freiheit einen großen Krieg entfesselt, dem kein Angriff vorausging. Irak war der erste echte war of choice, und die Verpflanzung eines fremden Gewächses namens »Demokratie« in den Irak hat sich als kostspieliges Projekt mit unsicherem Ausgang erwiesen.

Die Desillusionierung hat nicht nur die Nettigkeiten von Brüssel, Mainz und Bratislava gezeugt, sondern auch ein Umdenken, das »taktisch« zu nennen eine Fehldeutung wäre, zumindest eine verfrühte. Bei Bush macht sich vorweg das klassische Syndrom der »zweiten Amtszeit« bemerkbar. Es geht nicht mehr um die Mobilisierung der Gläubigen, sondern ums Geschichtsbuch, in das der Irak-Krieg als erfolgreicher, mithin als gerechter eingehen muss. Zudem muss die Historie an Bush den Versöhner erinnern, der ein geordnetes Haus nach innen wie nach außen hinterlassen hat. Und so drängt sich der Vergleich mit Reagan auf, der sich vom Aufrührer zum Abrüster wandelte.

Wer diesen Vergleich verwirft, darf sich an den Fakten orientieren. Ein Präsident, der um »konkrete Hilfe« für die »jüngste Demokratie«, den Irak bittet, ist nicht mehr der Bush von 2003, der den Krieg um jeden Preis durchzuziehen gedachte - mit

oder ohne das Plazet des UN-Sicherheitsrates. Der Mann, der den Ausgleich in Nahost predigt, weil ein »freies und friedliches Palästina die Reformbewegungen« ringsum »beflügeln kann«, verabschiedet sich auch von der Theorie: »Der Weg nach Jerusalem führt über Bagdad.« Entschlüsselt hieß das: Erst ein Sieg der Demokratie im Irak werde die Palästinenser dazu bringen, ihren Frieden mit Israel zu machen. Jetzt aber soll der Frieden im Kleinen den demokratischen Umbau im Großen vorantreiben - eine Wende um 180 Grad.

Auch der militante Messianismus der ersten Regierung Bush ist abgeflaut. Stattdessen verkündete Bush schon im Januar, in seiner zweiten Antrittsrede: Demokratie zu schaffen sei nicht »vorrangig eine Aufgabe der Waffen«. Und: »Amerika wird den Unwilligen nicht seine eigene Regierungsform aufzwingen.« Kyoto? Dies war stets der oberste Anklagepunkt. Zwar wird Bush nicht morgen dem Protokoll beitreten, aber auf beiden Seiten weicht der arrogante Tonfall dem geschäftsmäßigen Gespräch. Die Europäer sind willens, nun auch Länder wie China, den zweitschlimmsten CO2-Sünder, ans Protokoll zu binden (was Washington stets vergebens gefordert hatte), und die Bushies ringen sich zu der These durch, dass Kohlendioxid doch etwas mit dem Klima zu tun hat. Dieses Geschäft kann also eröffnet werden.

Aber zurück zum Groben: In der ersten Amtszeit hat Bush

## Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

Hegemonial-, haben Berlin und Paris Gleichgewichtspolitik betrieben, und das Fazit ist: Beide Seiten sind gewogen und für zu schwach befunden worden. Wer Rhetorik kleinreden und dafür Realpolitik hochhalten will, darf Wundersames registrieren. Plötzlich stellt sich Frankreich an die Seite Amerikas, um den syrischen Imperialismus im Libanon zu geißeln. Dies ist zumindest eine stilistische Abkehr vom klassischen Prinzip Pariser Amerikapolitik nach der Devise: »Wir sind dafür, dass wir dagegen sind.« Umgekehrt hat Washington sein Säbelrasseln im iranischen Atomstreit gedämpft: Give diplomacy a chance! Weil »Condi« auf ihrer Europareise lieb sein wollte? Richtiger ist, dass die »Hypermacht« schon im Irak überdehnt ist und sich keinen zweiten Krieg leisten kann.

Wo aber sind die Gemeinsamkeiten jenseits von »Hört die Signale«? Die Europäer hassen den Irak-Krieg, sprich: das US-Powerplay, heute nicht weniger als vor zwei Jahren. Aber die Milderer unter ihnen fragen sich nach dem blaufingrigen Urnengang der Iraker: »Ob die Bushisten nicht doch Recht gehabt haben?« Jedenfalls haben sie sich

dazu durchgerungen, dass Bush Recht behalten müsse - im europäischen wie im irakischen Interesse. Also wollen sie ein ganzes Bataillon von Richtern und Staatsanwälten entsenden, um mit den Irakern Rechtsstaatlichkeit zu pauken, die immer noch das beste Fundament der Demokratie ist.

Es mag Putin-Freund Schröder genervt haben, als Bush die EU aufrief, die »demokratische Reform ins Zentrum ihres Dialoges mit Russland zu stellen«. Im Blick auf Putins neozaristische Allüren sollte das jedoch auch ein europäisches Anliegen sein. Vertrauen in Putin ist gut, demokratische Kontrolle noch besser. Denn je ungezügelter die Macht eines Potentaten, desto höher das Risiko des Abenteuerertums. Den richtigen Umgang hat die gemeinsame Front gegen Putins antidemokratische Kampagne in der Ukraine gezeigt. Er wich zurück, und wir machen immer noch gute Geschäfte mit Russland.

Palästina? Der Tod Arafats, die Altersmilde von Sharon, die demokratische Wahl von Abbas verheißen eine historische Chance. Europa und Amerika könnten Berge

versetzen helfen, wenn sie im Tandem operieren, statt reflexhaft die Partei der jeweils eigenen Klientel zu ergreifen.

Nichts von alledem garantiert die Rückkehr der alten atlantischen Freundschaft, die zusammen mit der Sowjetunion verschwunden ist. Auch wird das Machtgefälle nicht verschwinden, das die USA 2001 bis 2003 zur Waffe greifen ließ, während sich die EU als Friedensmacht bescheiden muss. Doch die kühlen Rechner hüben wie drüben fragen sich: Mit wem denn sonst als miteinander? Mit Russland? Mit China? Denn die Spieler mit den meisten Chips am neuen Spieltisch der Weltpolitik sind nun mal Europa und Amerika, und sie teilen die meisten gemeinsamen Werte - Multilateralismus hin, Messianismus her. Knöchern, aber richtig hat es Schröder auf dem Nato-Gipfel kundgetan: »Es gibt eine Beziehung zwischen der Effektivität einer Aktion und der Gemeinsamkeit der Entscheidung.« Das gilt für beide Seiten.

Audio [www.zeit.de/audio](http://www.zeit.de/audio)